

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 78 (1991)
Heft: 1: Staatsbürgerliche Erziehung in der Staatskrise

Artikel: Erziehung für Staatsbürger? Anmerkungen zur Staatskrise
Autor: Rickenbacher, Iwan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-526031>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erziehung für Staatsbürger? Anmerkungen zur Staatskrise

Iwan Rickenbacher

Krise in den Parteien, in der «classe politique» – trotzdem haben die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in den Staat, wie Umfragen zeigen. Jugendliche jedenfalls kaufen das Gerede von einer Krise nicht ab, wenn das Handeln dem Reden widerspricht. Iwan Rickenbacher sieht eher eine Renaissance politischer Interessen und ein neues Problembeusstsein. Dieses ist ohne Zutun eines staatsbürgerlichen Unterrichts gewachsen. Schule kann demokratische Institutionen nicht bewirken, aber individuelle Voraussetzungen schaffen – am besten durch demokratisches Leben in der Schule selbst –, um sich in demokratischen Institutionen zu behaupten.

Originell ist der Ruf nach besserer staatsbürgerlicher Erziehung nicht, wenn gesellschaftliche Krisen bewusst werden. Im Verlaufe der gut 150jährigen Geschichte der Volksschule wurde Erziehung verschrieben gegen Rohheit und Unzucht, gegen Arbeitsscheu und Stimmabstinenz, gegen Umweltsünden und Verkehrsunfälle, gegen Karies und Haltungsschäden. Verwunderlich ist es nicht, dass auch Erziehung gegen die Folgen der Staatskrise verordnet wird. Aber vorerst zu den Fakten:

Auf dem Höhepunkt der Kopp-Affäre befragte die Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung Schweizerinnen und Schweizer nach ihrem Verhältnis zum Staat. Für viele erstaunlich ist das Resultat. Rund 80% der Mitbürgerinnen und Mitbürger messen den staatlichen Behörden hohe Problemlösungsfähigkeit zu. Ausgesprochen hoch ist das Vertrauen in Sozialfragen, wo

lediglich 3% der Mitbürgerinnen und Mitbürger befürchten, AHV und IV könnten in Zukunft ernsthaft gefährdet sein. Staatskrise? Ich meine eher Krise in Parteien, im Staat, Parteien, die bei uns nie über ein besonderes Prestige verfügten. Weder in der Bundesverfassung, noch in derjenigen der Kantone werden die Parteien als Institutionen auch nur erwähnt. Krise vielleicht auch der «Classe politique» dieser auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene recht kompakten, zumeist männlichen Politgruppe. Kritik an einzelnen Institutionen des Staates auch, an der Armee mehr als am Zivilschutz, am Bundesamt für Wald und Landschaft BUWAL mehr als am Bundesamt für Aussenwirtschaft BAWI, am Delegierten für Flüchtlingsfragen mehr als am Delegierten für die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft. Morgen schon können Beliebtheit und Ablehnung ändern.

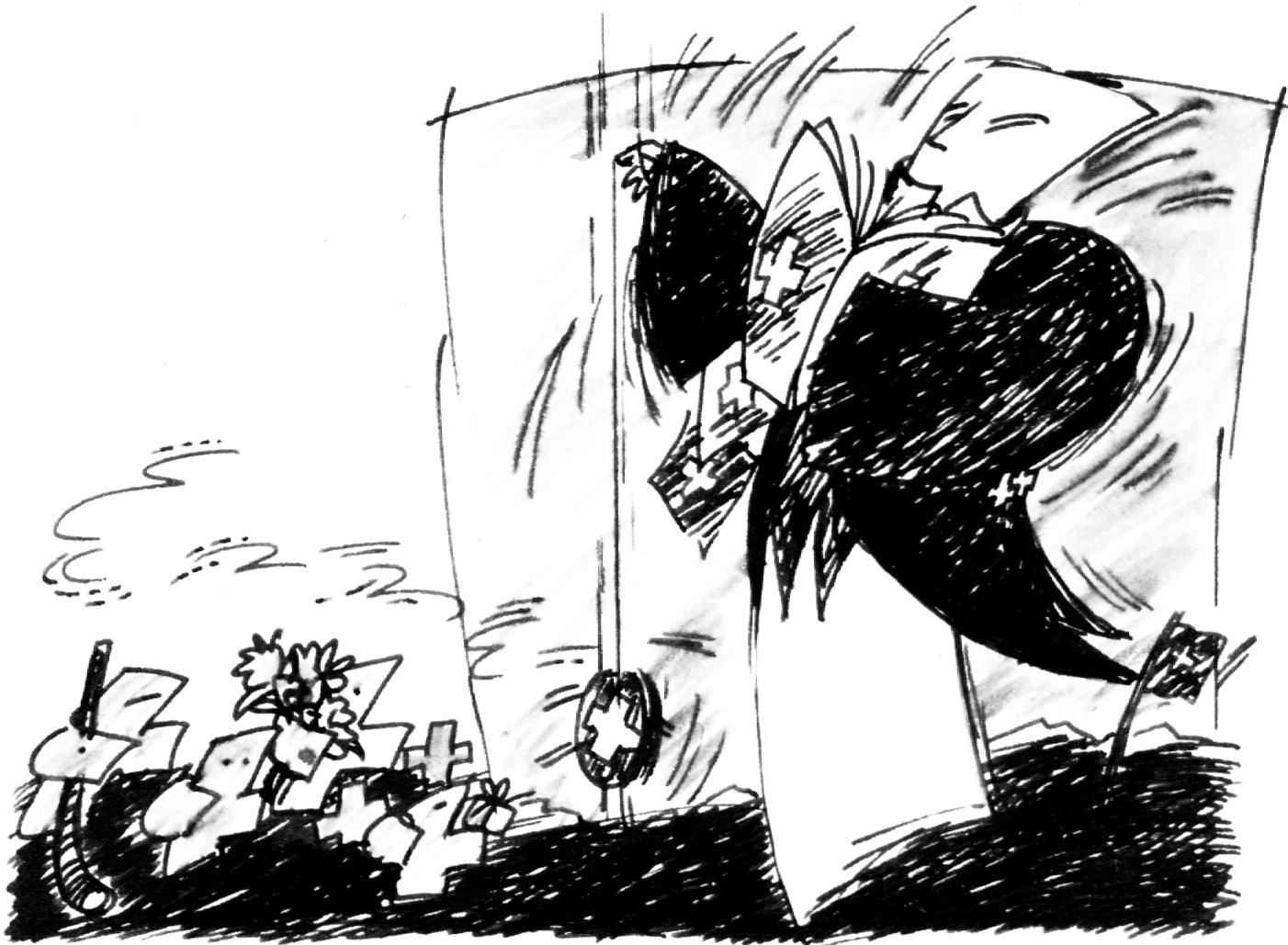
Aber wäre es so, wie auch Literaten meinen, dass die Bürgerinnen und Bürger mit der Schweiz, mit ihrer Geschichte und Gegenwart nicht allzuviel mehr am Hut haben, zu was gereichte dann schulische Erziehung? Ich stelle mir den gesellschaftlich-politisch sehr engagierten Lehrer vor, der seiner im 9. Schuljahr stehenden Schulkasse anhand der Kopp-Affäre das Scheitern demokratischer Institutionen aufzeigen möchte. Seine Klienten, in den letzten Zweifeln der Berufswahl und ergriffen von der ersten Verliebtheit, spüren andere existentielle Fragen als ihr Lehrer, der nach eigener politischer Identität ringt. Während für uns «Erwachsene» in den letzten Jahren etliche Illusionen geplatzt sein mögen, von der Unbestechlichkeit aller Politiker bis zur internationalen Konkurrenzfähigkeit aller Wirtschaftszweige, ist die persönliche Welt für viele Jugendliche auch besser geworden: Die materielle Situation angenehmer, die Eltern liberaler, die Lehrer pädagogischer, die Lehrpläne lebensnaher, die Schulhäuser freundlicher, die Berufsaussichten besser. Apokalyptische Prognosen haben es angesichts dieser für viele akzeptablen Zustände schwieriger, Werte und Normen werden durch reale Erfahrungen untermauert, nicht durch Versprechungen, Erwartungen, Extrapolationen. Die aktuelle Gegenwart verspricht vielen Jugendlichen eine gute Zukunft.

Jugendliche nehmen daher unsere Ängste als Erwachsene nur teilweise wahr, auch weil wir sie zwar artikulieren, aber völlig anders handeln. Echtes Handeln aber ist in der weitgehend abgebildeten Welt, in der wir leben, weit wirksamer als Appelle und Hinweise.

Wir sprechen zwar von den Gefahren der Klimaveränderung durch den Verbrauch fossiler Energieträger, werben gleichzeitig nicht etwa für sparsamere, sondern für leistungsfähigere, temperamentvollere, sonderausgestattete Automobile. Wir führen teure Kampagnen für gesunde Lebensführung und gegen Suchtgefahren und werben kunstvoll, über ausgesuchte Agenturen und Graphikunternehmen für Nikotin und Alkohol. Wir widerlegen unsere geäusserten Sorgen durch unser gleichzeitiges Tun. Einem Teil der Jugendlichen muss dieses Verhalten zynisch vorkommen, andere werten unsere Warnungen als egoistischen Versuch, an und für sich legitime Freuden

vorzuenthalten. Sehr wirksam sind daher unsere Bemühungen nicht, Jugendliche zu überzeugen, so zu handeln, wie wir reden, und nicht so, wie wir täglich leben.

Dass trotzdem nicht alles bleibt, wie es war, hängt mit verschiedenen Faktoren zusammen. Die Verlängerung der Ausbildung und damit der Jugendzeit bis über das 20. Altersjahr hinaus hat zur Folge, dass auch eine eigenständige Jugendkultur entsteht, deren Normengefüge sich von demjenigen Erwachsener abhebt, wesentlich unterscheidet. Neue Leitbilder bezüglich Arbeit, Freizeit, Liebe und Lebenssinn können sich bilden und verfestigen, nicht nur im negativen Sinn. In einer offenen Gesellschaft wird auch das Verhalten Erwachsener in wichtigen Lebensbereichen vielfältiger, unterschiedlicher, treten Auffassungen und Lebensstile in sichtbare Konkurrenz. Alternative Gruppierungen verfügen oft über gute Medienresonanz, kommunizieren attraktiv, sprechen an. Die eigentliche Trieb-



kraft solcher Bewegungen liegt im Aufbrechen von Fatalismus, von vermeintlichen Sachzwängen, von engen Gewohnheiten. Dies spricht Jugendliche an, die in der Müdigkeit vieler Erwachsener keine Perspektiven sehen.

Dass solche Bewegungen nicht zuletzt im politischen Bereich erfolgreich agieren, ist kein Zufall. Unser politisches System, vom Proporzwahlrecht ohne Sperrklausel bis zum Initiativrecht und Referendum mit relativ niedrigen Quoren ermöglicht neuen Bewegungen raschen Erfolg. Dieser stellt sich um so eher ein, als traditionelle politische Kräfte im Verlaufe ihrer Geschichte immer wieder zur zeitweiligen Erstarrung tendieren. Diese kann sich sowohl thematisch, in der mangelnden Sensibilität für neue Anliegen zeigen, wie im Personellen, wo sich eine Generation politisch Interessierter von einer vorausgehenden und beharrenden blockiert fühlt. Politik wird so zur Sache der anderen, der «Oberen», bis die Mängel offensichtlich werden. Wir erleben heute eher eine Renaissance politischer Interessen, weil Herausforderungen und Defizite offensichtlich werden, vom Ende des Sonderfalles Schweiz zur europäischen Frage, vom Ende des kalten Krieges und dem Aufbrechen bequemer Feindbilder bis zur Notwendigkeit neuer, grenzüberschreitender Solidarität. Dieses Problem bewusstsein, das sich auch in einer Stabilisierung des Anteils aktiver Stimmbürgerinnen und

Stimmbürger zeigt, ist nicht in staatsbürgerlichen Lehrgängen gewachsen. Diese Einsicht in Veränderungen ist durch die gesellschaftlichen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa bewirkt worden, durch Walesa und Gorbatchov und nicht durch Pestalozzi und Kerschensteiner, über die elektronischen Medien und ihre eindrückliche Berichterstattung und nicht über staatsbürgerliche Institutionenlehren. Die Jugendlichen, die in Leipzig und anderswo jeden Montag unter freiem Himmel «Landsgemeinde» hielten, erwarben diese demokratischen Spielregeln der Machtveränderung nicht in der DDR-Schule, auch nicht im Elternhaus, denn Vater und Mutter hatten selber kaum je Demokratie gelebt.

Bedeutet dies eine Absage an staatsbürgerliche Erziehung? Ich meine, wenn wir staatsbürgerliche Erziehung verstehen als erfolgsversprechende Heranbildung von Demokraten, dann wäre einem solchen Konzept mit höchster Skepsis zu begegnen. Die Tatsache, dass sich die Bundesrepublik Deutschland nach 1945 zu einem stabilen, demokratischen Staatswesen entwickelte, hängt kaum mit den amerikanischen Umerziehungsprogrammen 1945 bis 1948 und später noch zusammen. Entscheidend war vielmehr die Verankerung des deutschen Grundgesetzes in eine soziale und freiheitliche Wirtschaftsordnung, die auf Initiative, Leistungsbereitschaft und Sozialpflichtigkeit des Stärkeren baute.

Die demokratische Revolution 1989/1990 in Mittel- und Osteuropa war darum erfolgreich, weil sich staatliche Institutionen und gesellschaftliche Modelle auf überholte Annahme stützten, welche der Natur der Menschen nicht entsprechen.

Staatsbürgerliche Erziehung in der Schule kann demokratische Institutionen nicht verändern oder bewirken. Aber sie kann individuelle Voraussetzungen schaffen, damit sich Schülerinnen und Schüler in demokratischen Institutionen behaupten lernen. Dazu gehört das Leben in der Schule, indem Entscheide und Konfliktregelungen in der Schule an demokratischen Regeln ausgerichtet werden, die sich im Rechtsstaat bewähren. In diesem Sinne regelungsbedürftig sind Disziplinarverfahren, Mitbestimmungsfragen, Elternrechte, Befugnisse



Iwan Rickenbacher, Dr. phil., Primar- und Sekundarlehrer, Studium der Pädagogik, der Philosophischen Anthropologie und Psychologie an der Universität Freiburg. Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg, Direktor des Lehrerseminars des Kantons Schwyz, seit 1988 Generalsekretär der CVP der Schweiz in Bern.

von Schulbetrieben, die Stellung der Schulleiter und vieles mehr.

Vorbereitung zum Leben im demokratischen Staat bedeutet auch Ausrichtung auf Erziehungs- und Lernziele, die für die Wahrnehmung demokratischer Rechte im modernen Staat bedeutsam sind. Dazu gehören Lerninhalte wie rudimentäre Rechtskunde, aber auch der Aufbau komplexer Verhaltensmuster, die umgangssprachlich etwa mit «Zivilcourage», «Gemeinsinn» oder «Solidarität» umschrieben werden.

Krisen im Rechtsstaat sind dort zu beheben, wo deren Ursachen liegen, in der Korrektur schwerfälliger Entscheidungswege, in der Schaffung von Transparenz, in der Umlenkung von Fehlentwicklungen. Wo die Entscheidungsträger nicht gewillt oder befähigt sind, Veränderungen zu bewirken, ermöglichen demokratische Rechte personelle und damit auch inhaltliche Korrekturen. Eine zunehmend selbstbewusste Bürgerschaft macht von diesen demokratischen Mitteln auch Gebrauch.

Staatsbürgerliche Erziehung formt nicht automatisch demokratische Bürger, aber sie schafft Voraussetzungen für die Teilhabe an demokratischen Prozessen. Dazu gehören die Kenntnis der demokratischen Rechte und Interventionsmöglichkeiten wie auch die Förderung der intellektuellen und moralischen Kräfte, welche eine demokratische Beteiligung ermöglichen.

Und sollte es gelingen, die Stimmhörerinnen und Stimmhörer im März 1991 zu bewegen, dem Stimmrecht mit 18 Jahren in eidgenössischen Angelegenheiten zustimmen, dann ergäbe sich die einmalige Chance, dass unsere Lehrlinge und Studierenden auch direkt anwenden könnten, was sie noch in der Ausbildung an Kenntnissen und Bereitschaften entwickeln. Dann möchte ich Staatskundelehrer sein im Wissen darum, dass meine Schülerinnen und Schüler drei- oder viermal im Jahr die gleichen Rechte wahrnehmen und die gleiche Stimmkraft realisieren wie ich. Ich wäre nicht Erzieher auf Vorrat, sondern Begleiter in gemeinsamer demokratischer Realität. Eine Illusion? An uns liegt es, möglichst viele zu überzeugen, dass gemeinsam gelebte Demokratie beste Krisentherapie ist.

Offene Stellen

Schule für Gestaltung Luzern

Wir suchen auf den Beginn des Schuljahres 1991/92 (1. September 1991) eine kreative, zusammenarbeitsfähige Persönlichkeit an unsere Fachklasse für Zeichen- und Werklehrer HFG als

Ausbildungsleiter/in für Werken

mit einem Lehrauftrag von 6–8 Wochenstunden.

Auf der Grundlage des neuen Konzeptes für die Ausbildung mit Doppelabschluss als Zeichen- und Werklehrer/in wären Sie in einem kleinen Team von Lehrerinnen und Lehrern für den Aufbau des Bereiches «Werken» verantwortlich.

Auskünfte erteilt Ihnen der Leiter der Fachklasse für Zeichen- und Werklehrer HFG, Herr Beat Lichtsteiner, erreichbar über unser Sekretariat (Frau A. Greber): 041-24 54 64.

*Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten sie bitte an die Direktion der Schule für Gestaltung Luzern, Rössligasse 12, 6000 Luzern 5, bis am **15. Februar 1991**.*